



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

✉ Postfach 527, A-5010 Salzburg ☎ (0662)8042-2160 ☎ 633028 DVR: 0078182

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2

1014 Wien

AMT GESETZENTWURF	
Zl. 3	-GE/19
Datum: 19. FEB. 1992	
Verteilt: 10.2.92	
Chiemseehof	

St. Margon

Zahl

0/1-49/622-1992

(0662) 8042

Datum

Nebenstelle 2982

13.2.1992

Mag. Margon

Betreff

Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz i.d.F. von 1929 geändert wird; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 601.999/58-V/1/91

Zum obbzeichneten Entwurf einer Novelle zum B-VG gibt das Amt der Salzburger Landesregierung folgende Stellungnahme bekannt:

Die Festlegung einer Höchstfrist von 18 Monaten für das Außerkrafttreten einer vom Verfassungsgerichtshof aufgehobenen gesetzlichen Bestimmung wird als noch vertretbar erachtet. Es darf nicht übersehen werden, daß die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes höchstgerichtlich festgestellt worden ist. Vom Grundsatz her muß die Frist für das Außerkrafttreten so kurz wie nur möglich sein: Immerhin findet für die vom Verfassungsgerichtshof bestimmte Frist eine als verfassungswidrig erkannte Norm weiter Anwendung. In diesem Sinn würde es abgelehnt werden, die Fristsetzung durch den Verfassungsgerichtshof nicht durch B-VG zu begrenzen. Schließlich ist auch der Verfassungsgerichtshof ein vollziehendes Organ, dessen Entscheidungen gesetzlich ausreichend zu determinieren sind. Ohne Höchstgrenze würde jeder Orientierungsrahmen fehlen. Bei Ausschöpfung des Rahmens durch den Verfassungsgerichtshof ist der Gesetzgeber in die Lage gesetzt, auch bei sehr komplexen Materien das betroffene Gesetz verfassungskonform zu sanieren, ohne daß von einer überhasteten Gesetzgebung gesprochen werden

- 2 -

muß. Andererseits ist dem Verfassungsgerichtshof zuzubilligen, den für einfachere Gesetzessanierung erforderlichen Zeitraum abschätzen zu können und in seinem Erkenntnis auch festzulegen. Die Gesichtspunkte, die zu einer kürzeren oder längeren Fristsetzung führen, sollten jedoch ebenfalls im B-VG, wenn auch nur in allgemeiner Weise, festgelegt werden.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor